



Presseschau vom 27.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Lug-info.com: „Gegen sieben Uhr abends haben Kiewer Truppen vermutlich aus dem Gebiet von Katerinowka das Feuer mit Artillerie auf **Molodjoshnoje** eröffnet, was in der Nähe von Perwomajsk ist. In der Folge der Beschüsse wurden einige Sommerhäuser beschädigt, zwei von ihnen sind praktisch vollständig abgebrannt“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Nach vorläufigen Informationen wurde mit Geschützen des Kalibers 122mm geschossen, Opfer unter der friedlichen Bevölkerung gibt es nicht“, sagte Marotschko.

De.sputniknews.com: Abrüstung aus Geldnot? Poroschenko lässt Kriegsschiff „Ukraina“ verkaufen

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat ein Dekret unterzeichnet, wonach von dem in Bau befindlichen Kampfschiff „Ukraina“ Waffen abmontiert werden, um „den Rest zu verkaufen“.

Es handle sich um „den Rumpf und die Turbinen, die potentielle Abnehmer haben“, teilte Wjatscheslaw Bonj, Vizechef der Gebietsadministration von Nikolajew, mit, wo sich die Bauwerft befindet.

Dieses Geld soll unter anderem für die Begleichung der Lohnschulden für die Schiffbauer

verwendet werden, fügte er hinzu.

Der Beschluss sei bereits von der Rüstungsindustriehörde und vom Verteidigungsministerium gebilligt worden und solle noch vom Justiz- und vom Finanzministerium unterstützt werden.

Mit dem Bau des Kriegsschiffs war 1984 begonnen worden. 1993 wurde es aus dem Bestand der russischen Kriegsmarine ausgeschlossen und dem ukrainischen Verteidigungsministerium übergeben. 1996 wurde das Projekt aus Geldmangel auf Eis gelegt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31504/69/315046953.jpg>

Vormittags:

De.sputniknews.com: Im Internet sind die ersten Aufnahmen von der Absturzstelle des ukrainischen Kampfhubschraubers des Typs Mi-2 erschienen, der am Sonntag bei Kramatorsk im Gebiet Donezk abgestürzt ist.

Bei dem Absturz des Hubschraubers vom Typ Mi-2 der ukrainischen Streitkräfte am Sonntag unweit von Kramatorsk starben nach vorläufigen Angaben alle fünf Insassen, wie die ukrainische Agentur UNIAN unter Verweis auf die Pressesprecherin des Verteidigungsministeriums Oksana Gawriljuk meldet.

„Es liegen Informationen über den Tod von fünf Menschen vor, darunter drei Besatzungsmitglieder und zwei Passagiere. Diese Angaben sind vorläufig“, wird Gawriljuk von der Agentur zitiert.

Der Mi-2W-Helikopter der ukrainischen Streitkräfte war am 26. März unweit der Ortschaft Malinowka nahe der Stadt Kramatorsk im Gebiet Donezk abgestürzt, vermutlich war die Kollision mit einer Stromleitung die Unglücksursache.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/y-19SBjBk0c" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/y-19SBjBk0c>

De.sputniknews.com: Vilnius warnt Minsk – im Namen der ganzen EU

Das litauische Außenministerium hat die Festnahmen bei der ungenehmigten Protestaktion in Weißrussland verurteilt und droht Minsk mit Verschlechterung der Beziehungen zur EU. Dies berichtet am Montag die russische Nachrichtenagentur REGNUM.

„Wir beobachten mit Sorge die heutigen Ereignisse in Minsk“, erklärte das litauische Außenamt demnach am Samstag. „Das Vorgehen der Behörden Weißrusslands gegen die Bewohner, die den ‚Tag des Willens‘ begehen wollten, ist ein grober Verstoß gegen die Versammlungsfreiheit. Wir verurteilen die nicht provozierte und unverhältnismäßige Gewalt gegen Bürger Weißrusslands, gegen Menschenrechtler und Pressevertreter. Wir rufen dazu auf, alle Festgenommenen unverzüglich freizulassen. Vom Handeln der Behörden Weißrusslands wird nicht nur die Stabilität im Lande selbst, sondern auch das weitere Verhältnis zur EU abhängen.“

Am 25. März hatten in Weißrussland Protestaktionen gegen den Erlass „Über Müßiggang“ stattgefunden, bei denen die Sicherheitskräfte besonders viele Teilnehmer festgenommen haben sollen.

Ukrinform: Der litauische Außenminister Linas Linkevičius schließt nicht aus, dass die westlichen Länder gegen Weißrussland neue Sanktionen verhängen können, sollten es dort neue politische Gefangene geben.

So hat er die Unterdrückung der Proteste am Samstag in Minsk kommentiert, berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf Delfi.

„Hier haben die belarussischen Behörden eine Wahl und unsere Pflicht ist es, grundsätzlich und angemessen auf die Situation zu reagieren. Leider wird diese Reaktion auch weiter hart sein. Wenn es dort wieder politische Gefangene geben wird, dann wird es, ohne Zweifel, erneut zu Sanktionen kommen“, betonte er.

Am Samstag fand in Minsk nicht genehmigte Protestaktion statt, auf die die weißrussischen Sicherheitskräfte hart reagiert haben. Nach Schätzungen von Menschenrechtsaktivisten wurden mehr als 700 Menschen festgenommen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **14 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden das Gebiet von **Almasnaja, Frunse, Kalinowo, Logwinowo, Losowoje, Smeloje, Kalinowo-Borschtschewatoje, Weselaja Gora.**

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, Abwehrgeschützen 3U-23-2, Schusswaffen geschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 63 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Zerstörungen: **Jasinowataja-Bezirk, Dorf Mineralnoje** – vier Häuser sind beschädigt; **Staromichajlowka, Kirowskij-Bezirk von Donezk** – drei Häuser und eine Schule“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Insgesamt wurden nach Angaben des Vertreters des Kommandos 18 Ortschaften der DVR beschossen, beim Beschuss wurden Artilleriegeschütze des Kalibers 122 und 152mm, Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

„In der Nacht gab es Beschüsse, in **Kominternowo** wurde in der Folge von Beschüssen ein Haus auf der Achmatowa-Straße 92 beschädigt. Außerdem hat das halbe Dorf teilweise

keine Stromversorgung“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

De.sputniknews.com: USA behindern mit neuen antirussischen Sanktionen gemeinsame IS-Bekämpfung – Moskau

Der amtlichen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, zufolge widersprechen die neuen US-Sanktionen gegen russische Unternehmen den Erklärungen Washingtons zur Priorität des Kampfes gegen den Terrorismus.

In einem Kommentar schreibt Sacharowa auf der Facebook-Seite des russischen Außenministeriums: „Dieser Schritt steht im krassen Widerspruch zu den Erklärungen aus Washington über die Priorität des Kampfes gegen den Terrorismus, darunter denjenigen, der sich in Syrien eingenistet hat. Ganz im Gegenteil: Er widerspricht dieser Einstellung und untergräbt die Perspektiven der Aufnahme eines umfassenden, vielseitigen Zusammenwirkens zur Zerschlagung des IS und sonstiger Terrorgruppierungen, die alle Länder, darunter die USA, bedrohen.“

Sacharowa betonte, Washington „lässt sich wieder von jenen gängeln, die eine konsequente Zerstörung der russisch-amerikanischen Zusammenarbeit als ihre Hauptbeschäftigung betrachten“. „Diese Personen suchen seit Langem nach Feinden, und zwar nicht dort, wo es sie wirklich gibt. Diese Herangehensweise widerspricht offensichtlich den Interessen der Sicherheit der USA“, so die Sprecherin.

Die USA haben neuerlich Sanktionen gegen acht russische Unternehmen im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verhängt, das Syrien, den Iran und Nordkorea betrifft.

Dnr-online.ru: Im Rahmen des republikanischen Zweimonatszeitraums zur Verschönerung fand in Makejewka ein gesamtstädtischer Subbotnik statt.

An dem Subbotnik nahmen mehr als 18.000 Einwohner teil – Arbeiter von Betrieben, Mitglieder der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, von „Molodaja Respublika“, Schüler, Studenten, Einwohner der Stadt. 500 Unternehmen der Stadt unterstützten, es wurden 62 Stück Technik eingesetzt.

Im Rahmen des Subbotniks wurden in allen fünf Stadtbezirken 1.425.000 Quadratmeter Straßen, Bürgersteige und Gelände um Häuser gereinigt, 236.000 Quadratmeter Parks und Plätze, es wurden 19 wilde Müllkoppen mit insgesamt 1005 Kubikmetern beseitigt, 2770 Bäume, 525 Sträucher, 4930 Blumen gepflanzt, es wurden 11 Grabmäler, 2 Denkmäler, 5 Friedhöfe in Ordnung gebracht.....

„Es gibt viele Aufgaben, deswegen geht es hier nicht ohne die Unterstützung der Einwohner. Jetzt ist es nötig, jeden Schönwettertag zu nutzen, um die umliegenden Gebiete in Ordnung zu bringen – dies betrifft ohne Ausnahme alle Eigentümer von Objekten sowie Einwohner des privaten Sektors. Während des Zweimonatszeitraums ist es unsere Aufgabe, möglichst alle geplanten Aufgaben auszuführen und das heißt, ohne Ausnahme alle Territorien der Stadt in einen ordentlichen Zustand zu bringen“, sagte der Bürgermeister Walerij Ljachowez bei der Überprüfung der Arbeiten....

Der Bürgermeister merkte auch die Aktivität der Makejewker an, die sich heute an den Aufräumarbeiten beteiligt haben. Es war die Beteiligung von 15.000 Einwohnern geplant, tatsächlich waren es 18.000.

„Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Aktivität der Einwohner bei den Aufräumarbeiten in der Stadt gestiegen. Dies zeugt davon, dass die Makejewker nicht nur in einer sauberen und schönen Stadt leben wollen, sondern auch bereit sind, sich bei der Herstellung der Ordnung zu beteiligen“, sagte der Bürgermeister.

Der nächste Subbotnik findet am 8. April statt.

De.sputniknews.com: Der italienische Außenminister Angelino Alfano hofft auf ein baldiges Ende der Russland-Sanktionen und damit auf einen Impuls für die Wirtschaftsverbindung zwischen den beiden Ländern.

„Sicher hoffen wir, dass das bald passiert und neue Möglichkeiten für die Wirtschaft und Unternehmen der zwei Ländern bringt“, sagte Alfano im Interview gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Demnach sind die Sanktionen „ein Instrument, und kein Selbstzweck“. „Das heißt, dass ihre Anwendung nur ein Ziel hat: Einen positiven Dialog mit Moskau wiederaufzubauen, dessen politische Entscheidungen wir nicht immer anerkennen“, so der Außenminister.

Die Gültigkeit der Sanktion sei an die Ausführung der Minsker Abkommen zur Ukraine-Lösung gebunden. „Nur konstruktive Bemühungen um das Erreichen dieses Ziels können einen Weg zur Überprüfung der Sanktionen öffnen“, fuhr Alfano fort....

Wperjod.su: <http://wpered.su/2017/03/27/boris-litvinov-vruchil-pamyatnye-medali-ck-kprf-rabotnikam-obrazovaniya-i-nauki-dnr/>

In der historischen Fakultät der Donezker Nationaluniversität fand eine feierliche Auszeichnung von Professoren und Dozenten mit Gedenkmedaillen des ZK der KPRF statt. Die Dozenten und Studenten der DVR zeigen täglich damit, dass sie in Donezk geblieben sind, hier ihre wissenschaftlichen Aktivitäten betreiben, sich mit der Erziehung der heranwachsenden Generation und der Ausbildung hochqualifizierter Kader für die junge Republik befassen, dass sie die richtige Wahl getroffen haben. In den letzten Jahren war ein Beitrag der Dozenten zu einer gemeinsamen Arbeit mit der Kommunistischen Partei zu bemerken, es werden viele Veranstaltungen durchgeführt, allseitige Unterstützung bei der Entwicklung des moralischen, staatsbürgerlich-patriotischen, wissenschaftlich-intellektuellen Potentials der Jugend geleistet.

Die Arbeit der Dozenten der Donezker Nationaluniversität ist beim ZK der KPRF nicht unbemerkt geblieben und auf Antrag der Kommunisten der DVR wurden drei Dozenten aus Donezk vom ersten Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow mit Gedenkmedaillen ausgezeichnet.

Kirill Walerjewitsch Tscherkaschin – Dekan der historischen Fakultät, Kandidat der Politikwissenschaften, Dozent, wurde für seine aktive staatsbürgerliche Position, seinen Mut und Kühnheit bei der Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten, für den Beitrag zur Entwicklung des wissenschaftlichen Potentials der Republik mit der Medaille „130. Geburtstag von I. W. Stalin“ ausgezeichnet.

Jelena Alexandrowna Schkribitjko – Kandidatin der Geschichtswissenschaften, Dozentin am Lehrstuhl für die Geschichte Russlands und der slawischen Völker, stellvertretende Dekanin der historischen Fakultät der Donezker Nationaluniversität mit dem Aufgabenbereich Erziehungsarbeit wurde für ihren großen Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Großen Vaterländischen Kriegs, insbesondere der Kursker Schlacht und der Donbasser Angriffsoperation, für die Aufmerksamkeit und Hilfe für Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs, die Popularisierung der Geschichte des Großen Vaterländischen Kriegs unter der Jugend, die aktive Zusammenarbeit mit dem Leninschen Komsomol und der Kommunistischen Partei mit der Gedenkmedaille „70 Jahre Sieg in der Orlowko-Kursker Schlacht“ ausgezeichnet.

Larissa Georgijewna Schepko, Doktor der Geschichtswissenschaften, Professorin des Lehrstuhl für Weltgeschichte der Donezker Nationaluniversität wurde für ihren großen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Antike, des Mittelalters, in der Archäologie, für die aktive Arbeit mit der Jugend, die Schaffung eines positiven Rufs der Universität und der Donezker Volksrepublik mit der Gedenkmedaille „300 Jahre Michail Wasiljewitsch Lomonossow“ ausgezeichnet.

Am gleichen Tag überreichte der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow dem Studenten der historischen Fakultät Anton Sajenko das Diplom 2. Grads des gesamtrossischen Wettbewerbs „Auf den Wegen der Gedenkkarte“ für das beste Internet-Material und die Erhellung des Schicksal von Helden und wenig bekannten Ereignissen des

Großen Vaterländischen Kriegs.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/03/b-768x434.png>

Lug-info.com: „Gestern Abend haben ukrainische Soldaten das Feuer mit 120mm-Mörsern auf Weselaja Gora eröffnet. Insgesamt wurden acht Schüsse festgestellt. In der Folge wurde eine Stromleitung beschädigt, 711 Verbraucher haben keinen Strom“, teilte der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft der LVR mit.

„Derzeit arbeiten Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der LVR vor Ort. Informationen über andere Beschädigungen werden noch geprüft“, fügte die Generalstaatsanwaltschaft hinzu.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Jugend mit Belohnung gelockt“: Kreml zu Antikorruptions-Demos in Russland

Die am Sonntag in Moskau durchgeführte, behördlich aber nicht genehmigte Demonstration hat Kreml-Sprecher Dmitri Peskow als eine Provokation eingeschätzt. Dabei verwies er laut der Agentur RBK darauf, dass der Kreml das Recht der Bürger Russlands durchaus achtet, ihre Position in einem abgestimmten Format zu bekunden.

Eine solche Achtung, so Peskow, empfinde der Kreml jedoch nicht „gegenüber jenen, die Menschen bewusst in die Irre führen, sowie gegenüber jenen, die dies am Vortag getan und damit rechtswidrige Handlungen provoziert haben“.

„Im Grunde genommen ist das, was wir an manchen Orten – besonders in Moskau – gesehen haben, eine Provokation und eine Lüge. Eben weil jene, die gestern Recht geübt und in akademischer Sprache erklärten, dass diese Aktion rechtens sei und nicht im Widerspruch zur Gesetzgebung stehe, die reine Unwahrheit gesagt haben“, so der Kreml-Sprecher.

Die Moskauer Polizei hatte am Sonntag zahlreiche Menschen bei einer behördlich nicht genehmigten Demo im Stadtzentrum festgenommen. Ihnen wird Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorgeworfen. Nach Angaben der Ordnungskräfte nahmen mehr als 7000 Menschen, darunter viele junge Leute, an der Aktion teil. Unter den Festgenommenen war auch der Oppositionelle Alexej Nawalny.

De.sputniknews.com: Lawrow über Moskauer Demos und westliche Reaktionen
Die Reaktion und das Vorgehen örtlicher Behörden bei den Protestkundgebungen am Sonntag in Moskau entsprechen laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow voll und ganz der Verfassung und den Gesetzen des Landes.

„Was die Reaktion der Öffentlichkeit angeht, habe ich persönlich ausschließlich Reaktionen aus einigen europäischen Hauptstädten sowie Washington gehört“, so Lawrow bei einer Pressekonferenz in Moskau im Anschluss an Verhandlungen mit dem italienischen Amtskollegen Angelino Alfano. „Wissen Sie, wenn die gleichen Ereignisse unterschiedlich bewertet werden, dann denkt man leider sofort an Doppelstandards.“

Der russische Außenminister könne sich nach eigenen Aussagen kaum an die öffentlich geäußerte Besorgnis hinsichtlich der jüngsten Entscheidungen in Deutschland, den Niederlanden, Österreich erinnern, wo die Behörden ebenfalls gewisse Protestaktionen einfach untersagt hätten. „Und keiner hat etwas dazu gesagt“, so Lawrow.

Im Zusammenhang mit den Festnahmen bei den Protesten am Sonntag in Moskau rief der Minister die Meetings in gleich mehreren europäischen Länder und den USA ins Gedächtnis, bei denen sich die Protestierenden an nicht sanktionierten Plätzen versammelten oder Gesetze brachen. „Ich kann mich gut an die Bilder erinnern, wie die Polizei in westlichen Ländern in solchen Fällen mit Störern umgeht. Da greift man zu Schlagstöcken, auch Tränengas wird eingesetzt“, betonte der russische Außenminister.

Auch die russischen Journalisten, beispielsweise das Fernsighteam des TV-Senders RT, so Lawrow ferner, erlebten bereits solche Vorfälle.

Alfano sagte seinerseits, dass er Russlands Gesetze zwar respektiere, die Position der EU über die Versammlungsfreiheit aber nicht außer Acht lassen könne. Lawrow erwiderte: „Die Freiheit liegt innerhalb der Befolgung der Gesetze.“...

armiyadn.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **63 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Insgesamt wurden **18 Ortschaften** der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen. Am intensivsten wurden vom Gegner unter Anwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen folgende Ortschaften beschossen: **Shabitschewo, Jasinowataja, Jakowlewka, Mineralnoje, Dokutschajewsk, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka, Spartak, das Gebiet des Flughafens und der Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte schwere Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Panzer, Mörser des Kalibers 120 und 82mm sowie Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In der Folge des Feuers von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden neun Wohnhäuser beschädigt:

- in Staromichajlowka, Petrowskij-Bezirk von Donezk, vier Häuser in der Schewtschenko-Straße 38, 39, 41 und in der Tschapajew-Straße 78;
- in Dokutschajewsk das Haus Nr. 36 in der Industrialnaja-Straße;
- in Mineralnoje im Jasinowataja-Bezirk vier Häuser in der Lenin-Straße 26, 29, 30 und 35, außerdem wurde ein Elektrozug am Jasinowatajer Bahnhof beschädigt.

Die **Verluste unter den Soldaten der Volksmiliz** betrugen **einen Verletzten.**

Nach der aufsehenerregenden Explosion eines Lagers für Raketenartilleriebewaffnung der ukrainischen Streitkräfte in Balakleja wurde vom Generalstab der ukrainischen Streitkräfte eine Überprüfung aller Munitionslagerorte der militärischen Strukturen initiiert. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Raketenartillerielagern in der „ATO“-Zone gewidmet. In ihnen hat die Kommission bereits eine Menge grober Missstände bei der Lagerung der Munition sowie Fälle von fehlenden Beständen festgestellt.

Nach uns vorliegender Information war die Ursache des Absturzes eines

Militärhubschraubers vom Typ Mi-2, der im Gebiet von Malinowka nicht weit von Kramatorsk abstürzte, keine Kollision mit einer Stromleitung, wie dies die ukrainischen Massenmedien darstellen. Die wirkliche Ursache der Hubschrauberkatastrophe war eine Detonation, um Mitglieder einer Kommission des Verteidigungsministeriums der Ukraine zu liquidieren, die im Ergebnis einer Überprüfung von Waffenlagern in Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte Beweise für Unterschlagungen hatte.

Im Gebiet von Majorsk wurde der Versuch einer Diversions- und Erkundungsgruppe des Gegners mit 10 Mann aus dem Bestand des 3. Spezialregiments unterbunden, an unseren Positionen vorbeizukommen, um Diversionen im Hinterland durchzuführen.

Dank solcher „Anstrengungen“ der Kiewer Terroristen erwerben unsere Einheiten neue Erfahrungen und Fähigkeiten in der Bekämpfung gerade von terroristischen Formationen, deren Taktik die ukrainischen Nationalisten immer öfter in der gesamten sich immer mehr ausweitenden „ATO“-Zone von Donezk bis Kiew verwenden.

De.sputniknews.com: Urteil: Niederländischer Gasproduzent darf in Ostukraine „schmutziges Erdgas“ fördern

Ein Bezirksgericht in Kiew hat es dem niederländischen Gasproduzenten Yuzgas erlaubt, Fracking-Gas in der Ostukraine zu fördern. Damit hat das Gericht ein früheres Verbot der ukrainischen Regierung aufgehoben, berichten russische Medien am Montag.

Das Gericht hat demnach die Regierung verpflichtet, den Antrag des Gasförderers auf die Erschließung der Lagerstätte Jusowskoe zu prüfen. Das Gasfeld befindet sich in den Regionen Charkiw und Donezk.

Yuzgas hatte im Juli letzten Jahres eine Ausschreibung zur Fracking-Gas-Förderung im Osten der Ukraine gewonnen. Doch vier Monate später, im November 2016, verbot das ukrainische Regierungskabinet dem niederländischen Konzern die Förderung.

Zuvor hatte die britisch-niederländische Shell geplant, das Jusowskoe-Feld zu erschließen und bereits mehrere Millionen US-Dollar in die Exploration investiert. Im Oktober 2015 verzichtete der Öl- und Gaskonzern jedoch vollends auf dieses Projekt.

Das Jusowskoe-Gasfeld mit einer Gesamtfläche von 7.900 Quadratkilometern befindet sich in den beiden selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Die voraussichtlichen Reserven der Lagerstätte belaufen sich auf vier Billionen Kubikmeter Fracking-Gas.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31505/44/315054416.jpg>

De.sputniknews.com: Deutsche auf der Krim: Keine Angst vor Kiews Sanktionen

Seit einer Woche sind Politiker, Geschäftsleute und Menschenrechtler aus Deutschland, Großbritannien, Serbien und Brasilien zu Besuch auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim. Nach

ukrainischem Gesetz ist dies eine Straftat. Aber laut Linke-Politiker Andreas Maurer wird die deutsche Delegation mögliche Sanktionsdrohungen einfach an sich abperlen lassen. Falls die Ukraine die Mitglieder der Delegation auf die Sanktionsliste setzen sollte, so werde man damit leben können, erklärte Maurer gegenüber russischen Medien und Einwohnern der Halbinsel.

Er sei schon das dritte Mal als Politiker und Vertreter des deutschen Business auf der Krim und möchte, dass sich das Potential der Schwarzmeerhalbinsel der ganzen Welt offenbare – besonders für Touristen aus dem Westen.

„Eine gewisse zurückhaltende Wachsamkeit unserer Gäste ist vorüber. Heute fühlen sie sich frei und komfortabel“, sagte das Oberhaupt des Krimdeutschen-Verbands auf der Schwarzmeerhalbinsel, Jurij Gempel, gegenüber Sputnik.

Die deutsche Delegation hätte bereits den Botanischen Garten Nikita und den Liwadija-Palast bei Jalta besucht und auch in der Stadt selbst mit Einwohnern gesprochen. Ihre eigene Meinung hätten sich die Gäste bereits gebildet und auch den Wunsch geäußert, den Besuch zu wiederholen.

„Sie sagen, dass die Sanktionen, die seitens des ukrainischen Außenministeriums ergriffen werden könnten, sie nicht erschrecken“, so Gempel.

Die Mitglieder der Delegationen hatten im Rahmen des Besuchs außerdem mehrere Geschäftstreffen durchgeführt und sich mit Vertretern der Krimtataren getroffen. Besichtigt wurden die Baustelle der künftig größten Moschee der Region in Simferopol und ein krimtatarischer TV-Sender. Seit dem Anschluss der Krim an Russland wurde neben Russisch und Ukrainisch auch Krimtatarisch zur Amtssprache erhoben.

Die Ukraine bestraft Reisen auf die Krim über russisches Gebiet ohne offiziellen Erlass aus Kiew mit Einreiseverbot. Zuvor hatte der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU der russischen ESC-Sängerin Julia Samoilowa die Einreise in die Ukraine für drei Jahre verboten. Anlass ist ein aus ukrainischer Sicht „illegaler Auftritt der Sängerin auf der von Russland 2014 annektierten Halbinsel Krim“....

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt **weiter angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 14 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 370 Artillerie-, Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

Das ukrainische Kommando verstärkt weiter die Positionen an der Kontaktlinie mit schweren Waffen und Einheiten der ukrainischen Armee, darunter auch nationalistisch eingestellten. Nach unseren Informationen ist in Kasatschij eine Kolonne Panzertechnik der ukrainischen Streitkräfte mit T-64-Panzer, Schützenpanzern und Schützenpanzerwagen aus Richtung Schirokij eingetroffen.

In Mironowka ist eine Einheit mit Nationalisten des „Rechten Sektors“ eingetroffen.

Im Gebiet der Positionen der ukrainischen Streitkräfte am Kontroll- und Passierpunkt Staniza Luganskaja sind Soldaten einer Spezialeinheit der 3. operativen Brigade der Nationalgarde der Ukraine eingetroffen. Die Nationalgarde versucht, den Verkehr der Einwohner über den Kontroll- und Passierpunkt zu kontrollieren, der von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und Grenzschützern durchgeführt wird.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone werden weiter Fälle von massenhafter Unterschlagung von Staatseigentum festgestellt.

So wurde bekannt, dass in den Einheiten der 14. Brigade ein Fehlen an Treibstoffen in einem Umfang von mehr 100 Tonnen festgestellt wurde.

Um dazu zu ermitteln, ist in der Brigade eine Kommission unter Leitung des stellvertretenden Kommandeurs der taktischen Gruppe „Lugansk“ eingetroffen.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte gibt es weiter nicht kampfbedingte Verluste aufgrund von Alkoholgenuß.

So wurde bekannt, dass am 24. März in einem Aufklärungszug des 3. Bataillons der 24.

Brigade während eines Streits, der nach gemeinsamem Alkoholkonsum aufkam, einer der Beteiligten an dem Zechgelage seinen Kameraden mit einem Maschinengewehr erschoss.

De.sputniknews.com: Moskau dementiert Berichte zu Hubschrauber-Absturz

Das russische Verteidigungsministerium hat die von ausländischen Medien verbreiteten Informationen über den angeblichen Absturz eines russischen Hubschraubers in Syrien dementiert.

„Alle Flugmaschinen der russischen Luft- und Weltraumkräfte befinden sich auf Luftstützpunkten und erfüllen gemäß der Zweckbestimmung ihre Aufgaben“, so ein Sprecher des russischen Zentrums zur Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien gegenüber dem Verteidigungsministerium.

Er fügte hinzu: „Die Mitteilungen der von Terroristen kontrollierten Informationsressourcen über einen angeblichen Absturz eines russischen Hubschraubers treffen nicht zu.“

Die Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte hatte am Montag via Twitter mitgeteilt, dass die Gruppierung Ahrar al-Scham einen Hubschrauber in der syrischen Provinz Latakia abgeschossen hätte. Dabei soll sie keine Information angegeben haben, woher die Flugmaschine eigentlich stamme. Später berichtete das Informationsportal Al-Masdar News unter Berufung auf oppositionelle Quellen, dass es sich um einen russischen Helikopter gehandelt hätte. Gleichzeitig kann nach Angaben der Agentur Almasdar 24 der Hubschrauber aber auch der syrischen Armee gehören. Die Regierungsarmee bestätigte diese Informationen bisher nicht.

Ukrinform: In den vorübergehend besetzten Gebieten von Donezk und Luhansk gebe es derzeit keine Voraussetzungen für die Abhaltung von jeglichen Wahlen, erklärte der Vorsitzende der Zentralwahlkommission der Ukraine, Mychjlo Ochendowski, vor Journalisten auf einer internationalen Konferenz in Kiew, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. Gleichzeitig stellte er fest, dass, sobald die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, wird die Zentralwahlkommission bereit sein, sich an der Organisation jeder Wahlprozesse in diesen Gebieten zu beteiligen.

Av-zakharchenko.su/dnr-online.ru/dan-news.info: Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Zu den Meldungen über eine mögliche Rückkehr Janukowitschs

Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte während der Pressekonferenz am 27. März die Mitteilungen einzelner Massenmedien über Pläne für die Rückkehr der ehemaligen politischen Elite der Ukraine in den Donbass und er äußerte sich zu den negativen Meinungen der Donezker zu dieser Nachricht.

„Die negativen Äußerungen zu dieser Nachricht in den sozialen Netzwerken, in denen Einwohner der DVR aktiv sind, sind eine normale Reaktion normaler Menschen.

Tatsächlich ist Janukowitsch der im Amt befindliche Präsident der Ukraine. Er hat seine Vollmachten nicht abgegeben, es waren keine normalen Wahlen und alles, was während seiner Vertreibung und Flucht geschah, ist eine ungesetzliche Machtergreifung. Aber ich will alles ein für alle mal klarstellen: Janukowitsch hat keinerlei Beziehung zu irgendetwas, was die Donezker Volksrepublik betrifft.

Ob er Präsident war oder es noch wird, ist uns ganz gleichgültig. Wo war der Präsident am 26. Mai 2014? Und während des Sturms von Debalzewo? Er saß am Anfang in Charkow, dann floh er nach Russland. Beim Volk war der Präsident nicht! Und das betrifft alle: Janukowitsch, Asarow, Klimenko, Arbusow, meinen Namensvetter Sachartschenko und andere. Ich schlage vor, diese Menschen in die Liste derer aufzunehmen, für die ein Einreiseverbot in die DVR gilt. Mit Verrätern haben wir nichts zu tun!

Wenn die Rede davon wäre, dass Janukowitsch bald in Kiew auftauchen wird, so würden wir zusammensitzen, erörtern. Kiew ist für Janukowitsch der Punkt, von dem aus er geflohen ist, und der Punkt, wohin er zurückkehren muss. Warum nun Donezk? Der Präsident wurde hier nicht herausgeworfen, sein Auto wurde nicht in Donezk beschossen und in Donezk wurden keine Autoreifen unter seinen Fenstern angezündet. Wenn Janukowitsch in den Jahren 2013-2014 klug aufgetreten wäre, dann wäre nicht nötig gewesen, die RF um Militärhilfe zu bitten, sondern einfach dem Donbass Waffen auszugeben, dann hätte es keinen Krieg gegeben. Wir hätten den „Maidan“ innerhalb von zwei Stunden auseinandergejagt. Zehntausende von Toten in diesen drei Jahren hätten vermieden werden können. Als normaler Präsident hätte er wissen müssen, was er riskiert, dass tausende Menschenleben auf dem Spiel stehen, eine zerstörte Wirtschaft und das Schicksal des Landes insgesamt. Anstatt zu handeln ist er als Feigling nach Russland geflohen, und jetzt will er zurückkehren? Nicht zu uns. Es gibt Charkow, Kiew... Wir können für eine Fahrkarte für ihn zusammenlegen, wenn er kein Geld hat“, erklärte das Oberhaupt der DVR.

Zum Humanitären Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass

„Inzwischen funktionieren an allen Passierpunkten die Punkte vollständig, wo Information zur Verfügung gestellt und die medizinische Behandlung für die zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorien organisiert wird“, sagte Sachartschenko.

„Einwohner des von der Ukraine kontrollierten Territoriums können sicher die Kontaktlinie überqueren und in die Republik fahren, wie sie es zuvor getan haben. Sie sind wegen medizinischer Behandlungen zu uns gekommen, sie haben Kinder in unsere Bildungseinrichtungen gebracht. Wir haben diese Prozess nur transparenter und zivilisierter gemacht und begonnen, konkretere Unterstützung zu leisten.

Leider können wir derzeit die Sicherheit der Bürger auf dem Territorium der Ukraine nicht gewährleisten. Aber dies ist eine zeitweilige Frage, wir lösen sie“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Zur Situation an der Frontlinie

„An der Abgrenzungslinie ist die Situation schwierig. Poroschenko hat nur eine einzige Chance, an der Regierung zu bleiben, das ist die Entfachung von Kämpfen, deren Ziel es ist, die Minsker Vereinbarungen zum Scheitern zu bringen. Das werden wir nicht zulassen“, sagte Sachartschenko.

Er unterstrich, dass im Fall der Notwendigkeit die Antwort der Streitkräfte der DVR adäquat sein wird.

De.sputniknews.com: Europa vs. Kiew: EBU schützt Russlands Recht auf Eurovision
Der Verantwortliche für Eurovision Song Contest 2017, Frank-Dieter Freiling, hat in einem Interview für den „Tagesspiegel“ geäußert, dass die Rundfunkunion (European Broadcasting Union, EBU) die Mitwirkung aller Teilnehmerländer, darunter auch Russlands, die sich für das Finale qualifiziert haben, an der Fernsehshow in Kiew sicherstellen wird.

„(...)Wir erwarten, dass alle Teilnehmer, die für die Ausrichtung des Song Contests (ESC) notwendig sind, auch mitwirken können. Sollte es jedoch bei der Entscheidung bleiben, die russische Teilnehmerin nicht einreisen zu lassen, so wird die EBU weiter versuchen sicherstellen, dass Russland in der Show mitwirken kann“, so Freiling.

Ihm zufolge liegt der EBU noch „keine offizielle Benachrichtigung der ukrainischen Regierung in dieser Angelegenheit vor“. „Warten wir doch ab, wie die Ukraine abschließend in dieser Angelegenheit entscheidet. Dann wird mit Russland zu sprechen sein, welches weitere Vorgehen sinnvoll ist“, so Freiling....

Dnrsovet.su: „Wir erklären, dass das humanitäre Programm erfolgreich läuft und bereits Widerstand bei unseren Gegnern hervorruft. Wenn wir über die Leistung von medizinischen Hilfe für die Einwohner des bisher noch von der Ukraine kontrollierten Territoriums des Donbass sprechen, von Bildung in unserer Hochschule, verschärft die Ukraine, wenn sie

das sieht, nur das Passierregime. Die Ukraine drängt den Donbass immer weiter heraus“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

Puschilin fügte hinzu, dass auf der nächsten Sitzung der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass die Frage des Zugang zu den Unternehmen mit kritischer Infrastruktur thematisiert wird, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium der DVR liegen.

„Bei den Verhandlungen werden wir auf dem Zugang unserer Spezialisten und internationaler Beobachter bestehen“, teilte Denis Puschilin mit.

De.sputniknews.com: Wie Multikulti Russland vor Nationalisten schützt – Minderheiten-Beauftragter

Die rund 2,5 Millionen Russlanddeutschen in der Bundesrepublik sind nach Ansicht des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, weitestgehend gut integriert. In Moskau spricht er über die Förderung des ethnischen und kulturellen Potentials der Russlanddeutschen.

Dabei verweist Koschyk auf eine große Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2013: Integration sei kein statischer, sondern ein Prozess, der sich in längeren Zeiträumen vollziehe, sagte er im Interview mit Sputnik-Korrespondent Nikolaj Jolkin. „Man darf aber nicht vergessen, dass das, was die wirtschaftliche und soziale Integration anbelangt, bei einem Teil der Leute zu dem Preis dessen da ist, dass sie sich unterhalb ihrer Bildungsabschlüsse, die sie nach Deutschland mitgebracht haben, in den Arbeitsmarkt integriert haben. Wir haben in den letzten Jahren viel getan, um die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die auch Russlanddeutsche nach Deutschland mitbringen, schneller und gleichwertiger anzuerkennen.“

Für die russischen Bürger deutscher Nationalität, so Koschyk, werde auch eine Fortschreibung des deutsch-russischen Protokolls aus den 90er Jahren diskutiert, welches die Zusammenarbeit beider Länder definiert. „Wir wollen einige Elemente dieses Abkommens den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen anpassen. Wir sind aber erst am Anfang der Diskussion, und es wäre verfrüht, über Details zu sprechen“, erläuterte er.

Russlanddeutsche Schwierigkeiten

Mit Verständnis sprach Koschyk auch über die Rehabilitation der Russlanddeutschen für die Repressionsmaßnahmen, die sie während des Zweiten Weltkrieges erleiden mussten. Diese Entschädigung sei noch nicht hinreichend vollendet. „Aber der Dialog zwischen dem Internationalen Verband der deutschen Kultur und der Föderalen Nationalen Kulturautonomie der Russlanddeutschen mit den russischen Behörden wird weiter geführt. Um Alltagsfragen kümmern wir uns jährlich in der deutsch-russischen Regierungskommission – im vergangenen Jahr in Omsk und in diesem Jahr in Bayreuth. Dort werden wir alle Fragen besprechen, die für eine gute Zukunftsentwicklung der russischen Bürger deutscher Nationalität in der Russischen Föderation wichtig sind“, betonte Koschyk.

Natürlich sei die Wahrung der ethnokulturellen Identität wichtig, fuhr er fort. „Sprache, Kultur und Identität – das wollen wir überall dort, wo der Bedarf und der Wunsch bestehen, festhalten. Es gibt eine hervorragende Entwicklung im Deutschen Nationalkreis Asowo in Westsibirien, den ich im vorigen Jahr besucht habe“, erinnert sich der Beauftragte. „Es gibt aber auch weiße Flecken, wo selbst russische Kollegen aus der Staatsduma uns gesagt haben, dass sie um das Überleben der deutschen Sprache und Kultur in manchen entfernten Regionen der Russischen Föderation fürchten.“

Kein Missbrauch der Nationalitäten

Der Vorsitzende im Außenausschuss des Föderationsrates, Konstantin Kossatschow, bemerkte beim Treffen mit dem deutschen Gast, dass er nicht oft westliche Politiker antreffe, die sachliche Gespräche führten. Oft werde Russland die Schuld an allem, auch an der Nationalitätenpolitik, zugeschoben.

„Wir haben schwierige Beziehungen zu Estland, da dort versucht wird, die Lage der finnisch-

ugrischen Bevölkerung Russlands auszuschlachten. Unsere ukrainischen Nachbarn behandeln das Thema der Diskriminierung der Ukrainer in Russland. Wer das tut, versteht einfach unser Land nicht“, erläuterte Kossatschow gegenüber Koschyk. In Wirklichkeit sei es in Russland unwichtig, so der Abgeordnete der Oberkammer des russischen Parlaments, welcher Nationalität man angehöre, um Karriere zu machen. „Niemandem würde einfallen, nach der nationalen Identität zu fragen. Wichtig ist, wie man arbeitet.“

Die Geschichte Russlands zeuge davon, dass es im Zuge seiner Ausdehnung in den Regionen die russische Kultur und Sprache beisteuerte. „Wir ersetzen nicht, sondern ergänzen das, was es dort vor uns gegeben hatte, wir teilen, was wir besaßen“, so Kossatschow weiter. „Diese Tradition lebt in uns fort. Daher kommt auch unser so einmaliger, multiethnischer und multireligiöser Vielvölkerstaat zustande.“

Das Problem des Multikulturalismus, welches sich mittlerweile in Europa und auch in Deutschland zuspitze, „bei uns gelöst“, so Kossatschow. „Wir sind bereit, unsere Erfahrungen zu teilen, weil wir uns dessen bewusst sind, dass Fehler in diesem Bereich für jedes Land fatal sein können.“

Als selbst ethnischer Russe sehe er die größte Gefahr für die territoriale Integrität und Souveränität des Landes in möglichen Machtantritten von Nationalisten, besonders in den Regionen. „Ich mache mir aufrichtig Sorgen um einige Teilrepubliken der einstigen Sowjetunion, wo Nationalisten die Macht an sich gerissen haben. Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat das zahlreiche Konflikte ausgelöst, die bis jetzt noch nicht beigelegt worden sind“, sagt Kossatschow. „Aserbaidschan für Aserbaidschaner, Georgien für Georgier, Moldawien für Moldawier — diese Parolen haben Konflikte hervorgerufen, mit denen wir bis heute leben müssen.“

Und auch die aktuellen Probleme in der Ukraine hätten, meint der Abgeordnete überzeugt, solche Nationalisten verursacht, als 2014 die ukrainischen Nationalisten unter dem Motto „Ukraine den Ukrainern“ an die Macht kamen. „Wir wünschen uns sehr, dass man in Deutschland und in ganz Europa besser begreift, was im postsowjetschen Raum passiert.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31505/62/315056255.jpg>

De.sputniknews.com: Ukraine macht April zum „Monat der freiwilligen Waffenabgabe“

Die ukrainische Polizei hat den April zum Monat der freiwilligen Waffen- und Munitionsabgabe erklärt, heißt es einer Pressemitteilung der Sicherheitskräfte.

Demnach wird die Polizei vom 1. bis zum 30. April Waffen, Munition und Sprengstoffe entgegennehmen. Alle Bürger, die in diesem Zeitraum illegale Waffen abgeben, werden nach Polizeiangaben von strafrechtlicher Verantwortlichkeit befreit. Sie sollen gar die Möglichkeit bekommen, ihre abgegebenen Schuss-, Stich-, Gas- sowie Jagdwaffen später offiziell als persönliches Eigentum registrieren zu lassen.

Bei den Kampfhandlungen im Donbass kommt es seit Jahren immer wieder zu Zusammenstößen zwischen ukrainischen Streitkräften und radikalen Nationalisten. Zuvor war von zwei ukrainischen Soldaten berichtet worden, die infolge solcher Auseinandersetzungen ums Leben gekommen waren.

Radikale Nationalisten kämpfen in den sogenannten Freiwilligenbataillons, die sich in der Regel nicht der offiziellen Führung der ukrainischen Streitkräfte unterordnen.

Ukrinform: Der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman habe auf dem GUAM-Gipfel in Kiew die GUAM-Mitgliedstaaten aufgerufen, der Ukraine zu helfen, ihre Souveränität und territoriale Integrität zu erhalten, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. „Es geht um die Souveränität und territoriale Integrität unseres Staates. Ich glaube, dass die Vereinigung unserer Bemühungen in diese Richtung wichtig ist, weil wir alle historisch von den Problemen wissen, die unsere Länder haben, daher hat die Vereinigung unserer Bemühungen sicherlich eine äußerst wichtige Bedeutung“, sagte Hrojsman. Er versicherte, dass die Ukraine ihrerseits auch bereit ist, allen GUAM-Ländern zu helfen, ihre Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen.

De.sputniknews.com: Nach Moskauer Protest-Sonntag: Aktivist Nawalny muss zwei Wochen in Haft

Ein Moskauer Bezirksgericht hat den Oppositionellen und Kreml-Kritiker Alexej Nawalny zu 15 Tagen Haft verurteilt. Er hat sich bei den Protestaktionen am Sonntag seiner Festnahme widersetzt, so die Begründung.

Nawalny muss zudem 20.000 Rubel (umgerechnet etwa 325 Euro) Geldbuße wegen Aufrufs zu einer nicht genehmigten Protestkundgebung zahlen.

Der Oppositionelle hatte die Nacht in Polizeigewahrsam verbracht, nachdem er am Sonntag in Moskau mit etwa 600 weiteren regierungskritischen Demonstranten für den Verstoß gegen die öffentliche Ordnung festgenommen worden war....



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31505/65/315056537.jpg>

Dan-news.info: „Die Bildungseinrichtungen für eine höhere Berufsbildung der DVR haben eine „Hotline“ im Rahmen der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass eingerichtet“, teilte der Pressedienst des

Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mit.

Nach Angaben des Ministeriums befinden sich auf der Seite der Hochschulen auch alle Informationen für Abiturienten aus dem von Kiew kontrollierten Territorium.

De.sputniknews.com: Syrische Politiker: Was die USA in Rakka „befreien“ wollen
Die „Befreiung“, so heißt pathetisch die Großoffensive der US-geführten Koalition gegen IS-Terroristen in der syrischen Metropole Rakka. Weltweit berichten Medien darüber. Erstmals beteiligen sich die USA an Kampfhandlungen in Syrien direkt. Doch ist wirklich eine Befreiung Ziel des Westens in Syrien?

Während die USA ihren Einfluss in der Region zuvor über Verbündete und Statthalter ausübten, beteiligen sie sich nun unmittelbar am Syrien-Krieg. Mit anderen Worten: Die Präsenz der USA in Syrien nimmt weiter zu.

Das Ziel Washingtons ist dabei eine Teilung Syriens, die Rakka-Offensive ist nur ein dafür geeignetes Instrument, wie der Co-Vorsitzende der syrischen Baath-Partei, Halaf al Miftah, im Sputnik-Interview sagte. „Die Koalition führt in Syrien keinen Krieg gegen den Terror. Ihr Ziel ist die Veränderung der Grenzen im Nahen Osten, die Zerschlagung eines einheitlichen syrischen Staates und die Gründung föderativer Einheiten.“

„Die US-Amerikaner tun nur zum Schein so, als würden sie gegen den Terror kämpfen. Das wird weltweit groß in den Medien gesendet, man spricht viel darüber. Doch die Lage am östlichen Euphrat ist eine ganz andere“, so der Experte.

Denn dort bilde eine Gruppe, die die politischen US-Interessen vertritt, eine Einheit, die den Flughafen der Stadt, ein Wasserkraftwerk und Erdölfelder kontrolliert, auf denen täglich 20.000 Tonnen Rohöl gefördert werden.

„Die Ziele Syriens und Russlands unterscheiden sich grundlegend von jenen der USA, weshalb ihre Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terror unmöglich ist“, so Al Miftah weiter.

Dass das Ziel der USA nicht die Befreiung Syriens ist, sieht auch der Politikwissenschaftler Ali al-Ahmed von der Akademie für geostrategische Studien so: „Die internationale Koalition kann Rakka zwar befreien, doch ohne Abstimmung mit der syrischen Führung wird sie zwangsläufig zu einer Besatzungsmacht. Und eine Abstimmung wollen sie auch nicht, weil die USA weltweit ihre eigene Politik betreiben wollen“, so der Experte.

Wie „The Washington Post“ berichtete, haben die USA Anfang dieses Monats weitere Militäreinheiten in die Nähe von Rakka verlegt – zusätzlich zu den 500 dort bereits stationierten Spezialeinheiten. Die neuen Einheiten sind laut dem Blatt mit den Haubitzen vom Typ M777 ausgerüstet. Kanonen mit dem Kaliber 155 Millimeter sollen die Offensive durch Artilleriefeuer unterstützen.

Der TV-Sender „Sky News Arabia“ berichtete, dass die USA letzte Woche gemeinsam mit den syrischen Anti-Regierungstruppen eine Operation nahe der Stadt Tabka durchgeführt haben.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse tagsüber

„Seit Mittag wurde die Umgebung des Volvo-Zentrums im **Norden von Donezk, Dokutschajewsk und die Siedlung Jasnoje** sowie das **Dorf Jakowlewka** in der Nähe von Jasinowataja beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Es wurde mit Mörsern des Kalibers 120mm und Panzergeschützen geschossen“. Nach Angaben der Quelle wurden in diesem Zeitraum von den Positionen der Einheiten Kiews mehr als 30 Geschosse abgeschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörte werden noch ermittelt.

„Etwas vor einer Stunde hat die ukrainische Seite begonnen, **Spartak** zu beschießen, auf der Friedensstraße brennt ein Wohnhaus“, teilte eine Einwohnerin von Spartak mit. Sie fügte hinzu, dass der Beschuss derzeit noch weitergeht, die Bevölkerung löscht die

Flammen mit eigenen Kräften. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

De.sputniknews.com: Lettland: Eisenbahn-Mitarbeiter wegen „Spionage für Russland“ angeklagt

Die Staatsanwaltschaft eines Bezirksgerichts der lettischen Hauptstadt Riga hat den Streckenwärter Alexander Krasnoperow wegen „Spionage zugunsten Russlands“ angeklagt. Dies teilt die offizielle Webseite der lettischen Generalstaatsanwaltschaft mit.

Dem Eisenbahn-Mitarbeiter wird vorgeworfen, vom 25. Oktober 2015 bis zum 23. September 2016 „regelmäßig, systematisch und zielgerichtet im Auftrag Russlands“ vertrauliche Informationen militärischen Charakters und Geschäftsgeheimnisse gesammelt zu haben. Danach soll Krasnoperow die erbeuteten Daten an eine Kontaktperson in Russland weitergeleitet haben.

Nach Darstellung der Ermittler kam der Streckenwärter „auf illegale Weise“ an Informationen über Bewegungen von Nato-Militärtechnik in Lettland, indem er Aufnahmen der Videoüberwachung und Videoarchiven kopierte. Der Angeklagte soll diese Daten auch im Netz verbreitet haben.

Die lettische Sicherheitspolizei hatte Krasnoperow Ende 2016 festgenommen. Nach Angaben der lettischen Nachrichtenagentur Leta ist Krasnoperow Mitglied der lettischen oppositionellen Partei Saskaņa und ein Veteran des afghanischen Krieges.

Aus Sicht des in Lettland berühmten Aktivisten Wladimir Lindermann kann von Spionage jedoch keine Rede sein. Vielmehr gehe es um den leidenschaftlichen Wunsch der Sicherheitspolizei, unter den Anwohnern mindestens einen russischen Spion zu fangen. Die Bewegungen von Nato-Militärtechnik auf dem lettischen Territorium sind außerdem kein Staatsgeheimnis: Denn jede Ankunft von Nato-Truppen oder Kriegstechnik der Allianz wird aktiv in den Medien beleuchtet.

Abends:

Ukrinform: Der Europäische Auswärtige Dienst fordert Russland auf, die Rechte der Menschen, die sich zur friedlichen Kundgebung versammelt haben, zu achten.

Darüber berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel.

„Wir fordern die russische Führung auf, sich ganz an ihre internationalen Verpflichtungen, insbesondere als Mitglied des Europarates und der OSZE, bei der Einhaltung dieser Rechte zu halten und die inhaftierten friedlichen Demonstranten unverzüglich freizulassen“, betonte man in der Europäischen Union.

Aus der Erklärung geht weiter hervor, die Handlungen der russischen Polizei bei der Zerstreuung von Demonstranten und bei der Festnahme von Hunderten von Menschen seien die Behinderung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Am Sonntag fanden in vielen russischen Städten Massenproteste gegen Korruption statt, die von der Polizei hart zerstreut waren. Allein in Moskau wurde von der Polizei mehr als tausend Menschen festgenommen.

De.sputniknews.com: Moskauer Demo auf Deutsch – voreingenommene Medien und das beliebte Russland-Bashing

Mit heftigen Schlagzeilen haben deutsche Medien die Festnahmen bei den jüngsten Protesten in Russland aufgegriffen. Nur sehr wenige erwähnten dabei jedoch, dass die Aktionen behördlich nicht genehmigt waren. Außerdem sind Verhaftungen bei großen Protesten so gesehen nicht neu – unter Kritik fällt aber meistens nur Russland.

Nach Angaben der Polizei nahmen mehr als 7.000 Menschen, darunter unzählige Jugendliche, an der von Kreml-Kritiker Alexej Nawalny organisierten Demo am Sonntag in Moskau teil. Die Stadtregierung hatte zuvor Nawalnys Antrag auf eine Anti-Korruptions-Kundgebung im Stadtzentrum abgelehnt und den Sokolniki-Park sowie weitere Standorte außerhalb des Stadtkerns angeboten. Dennoch marschierten am Sonntag unzählige Aktivisten auf der zentralen Twerskaja-Straße auf. Auch in anderen Städten Russlands fanden am Sonntag ähnliche Demonstrationen statt.

Im Verlauf der Aktion gab es russischen Medienberichten zufolge in Moskau rund 500 Festnahmen. Den Verhafteten wurde Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorgeworfen. Außerdem wurde ein Polizist mit einer Schädel-Hirn-Verletzung ins Krankenhaus gebracht. Wie aus Ermittlungskreisen bekannt wurde, sollen Unbekannte den Beamten absichtlich mit einem Gegenstand im Bereich des Kopfs mehrmals geschlagen haben.

Für westliche und insbesondere deutsche Medien waren die Ereignisse vom Sonntag ein guter Vorwand, mal wieder die Demokratie in Russland zu kritisieren. Dabei spielte es für die meisten Nachrichtenportale gar keine Rolle, dass den Demo-Veranstaltern von den Behörden andere Austragungsorte vorgeschlagen wurden, und die Aktivisten sich trotz dieser Tatsache im Zentrum Moskaus versammelten.

Wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag erläuterte, war die Anti-Korruptions-Demo verfassungswidrig. Außerdem wurden Minderjährigen ihm zufolge „gewisse Belohnungen“ für ihre Teilnahme an der Aktion versprochen.

All diese Tatsachen scheinen deutsche Berichtersteller außer Achtung gelassen zu haben. Dabei gibt es Festnahmen bei großen Demos eigentlich nicht nur in Russland. Wenn es aber um die USA, Kanada oder Europa geht, ist der Aufschrei nur gering...

Am 12. März ging beispielsweise die niederländische Polizei mit Wasserwerfern gegen türkische Demonstranten in Rotterdam vor. Diese protestierten dagegen, dass dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu zuvor die Einreise in die **Niederlande** verwehrt worden war. Aber um die Lage deutlicher zu beschreiben, sollte man sich einige wesentlichere Beispiele ansehen.

Massenverhaftungen in Kanada

2010 fanden, wie Medien damals berichteten, „einzigartige Massenverhaftungen“ in Kanada statt: Bei Protesten im Zusammenhang mit der G20 wurden binnen zehn Tagen mehr als 900 Menschen festgenommen, die meisten davon an nur einem Wochenende. Für europäische Medien war das dennoch kein Thema. Dabei wurden einige Menschen verhaftet, obwohl sie nicht einmal an der Aktion teilgenommen hatten. Unter anderem wurde im Rahmen einer offiziellen Ermittlung festgestellt, dass die „Polizei gegen die Menschenrechte verstieß und Menschen illegal verhaftete“. All das wäre doch eigentlich Grund genug für Kritik, wenn man das Vorgehen deutscher Nachrichtenportale in Bezug auf die jüngsten Ereignisse in Russland in Betracht zieht.

Proteste mit Hunderten Festnahmen in Amerika

2011 wurden bei den „Occupy Wall Street“-Protesten in New York mehr als 700 Menschen verhaftet. Die Aktivisten protestierten damals vor allem gegen soziale Ungleichheit. Die Ordnungskräfte riefen die Demonstranten auf, auf den Bürgersteigen zu bleiben, diese gingen jedoch auf die Fahrbahn. Den Festgenommenen wurde Verstoß gegen die öffentliche Ordnung oder Widerstand bei der Verhaftung vorgeworfen. Auch damals waren europäische Medien leise, was mögliche Verstöße gegen die Menschenrechte seitens der US-Regierung betrifft. Zwar kamen die Festnahmen in die Schlagzeilen, Verurteilungen waren aber nicht zu lesen.

Bei Protesten gegen die Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump im Januar dieses Jahres in Washington hat die Polizei einen RT-Journalisten verhaftet und ihm die Teilnahme an Krawallen vorgeworfen. Ihm drohten sogar bis zu zehn Jahren Haft. Die Klage wurde später aufgehoben. Auch Journalisten anderer Medien wurden bei diesen Demonstrationen von den Ordnungskräften festgenommen. Zwar gab es einige Meldungen dazu aus

Deutschland, aber wirklich massiv wurde darüber nicht berichtet.

Fazit: Gezielte Reaktion?

Im Fall der russischen Proteste vom Sonntag gab es beinahe eine Medienhysterie in Deutschland. Der Regierung wurde „hartes Durchgreifen“ gegen die Aktivisten vorgeworfen. Indes fordert die EU die „Freilassung der Demonstranten“. Russland solle die Meinungsfreiheit achten, verlautet es aus einem Artikel des „Spiegel“-Magazins vom Montag unter Berufung auf die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini.

Ein kurzer Blick auf die Schlagzeilen zeigt einen Cocktail aus Hetze und Unprofessionalität. Denn wenn man schon kritisiert, sollte man das volle Bild wiedergeben. Das scheinen auch viele Leser mitbekommen zu haben, was an den Kommentaren zu einigen Artikeln zu sehen ist....

Dnr-news.com: In der Ukraine will man Dostojewski und Tolstoi aus dem Lehrplan streichen. Das Bildungsministerium der Ukraine hat die zweite Auflage der Ausarbeitungen zu Lehrplanänderungen für die 5. bis 10. Klassen veröffentlicht. Aus der Literaturliste wurden die Werke Fjodor Dostojewskis und Lew Tolstois entfernt, berichtet am Montag, dem 27. März, die ukrainische Zeitung „Westi“.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Programm zur „Weltliteratur“ Romane und Erzählungen russischer Klassiker gegen Bücher moderner Autoren ausgetauscht werden können, unter ihnen „Charlie und die Schokoladenfabrik“ von Roald Dahl, „Fahrenheit 451“ von Ray Bradbury und „Wer die Nachtigall stört“ von Harper Lee. Außerdem sind solche russischen Autoren wie Anton Tschechow, Michail Bulgakow und Nikolai Gogol (als Wahlmöglichkeit – Anm. d. Übers.) auf der Literaturliste geblieben....

Nach Angaben der Zeitung sind die Lehrer gegen solche Innovationen. Eine Lehrerin sagte gegenüber der Zeitung, dass diese modernen Werke, die für den Unterricht der Schule vorgeschlagen worden sind, oberflächlich seien.

„In einigen Jahren werden wir eine Generation Leser von Trivalliteratur erzogen haben“, erklärte sie.

Änderungen könnten auch in das Bildungsprogramm für ukrainische Geschichte eingeführt werden. Im Bereich „Die Ukraine im Bestand des Russischen Imperiums im frühen 20. Jahrhundert“ wurde die Einführung des Unterthemas „Die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus“ vorgeschlagen, erläutert „Westi“.

„Konkrete Empfehlungen, wie dies den Kindern zu erklären ist, an welchen Beispielen, wurden nicht gegeben“

An der Diskussion über die Lehrplanänderungen kann jeder bis zum 4. April teilnehmen. Eine endgültige Entscheidung zu den Lehrplanänderungen wird Anfang Mai präsentiert.

De.sputniknews.com: Ukraine fahndet nach russischem General

Der ukrainische Militärgerichtshof hat den russischen Generalmajor Alexej Sawisjow zur Fahndung ausgeschrieben, teilt die Generalstaatsanwaltschaft des Landes mit.

Der russische General werde verdächtigt, gegen die ukrainische Verfassung verstoßen zu haben, heißt es. Demnach soll Sawisjow „vorsätzliche Handlungen“ vorgenommen haben, um „das Staatsgebiet und die Staatsgrenzen der Ukraine zu verändern“. Außerdem werden dem russischen General „die Führung eines Aggressionskrieges“ und „die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ zur Last gelegt.

Laut den ukrainischen Ermittlern soll Sawisjow im Jahr 2015 einen Truppenverband der selbsternannten Volksrepublik Donezk befehligt haben.

Diese Anklage ist nicht der erste Fall, in dem die ukrainischen Behörden russische Bürger im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ostukraine strafrechtlich verfolgen wollen. So ist der Berater des russischen Präsidenten, Sergej Glasjow, im Oktober letzten Jahres zur Fahndung ausgeschrieben worden. Außerdem wurde der Oberbefehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte von ukrainischen Ermittlern zum Verhör vorgeladen.

